

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . 0,15 DM
Ankl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengedruckte . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 39

Halver, Mittwoch, den 15. Februar

1950

Beitritt zur Europaunion nur, wenn . . .

Klare Zurückhaltung in der Saarfrage

Kein Abfinden mit vollendeten Tatsachen — Adenauer riskiert keine Kabinellskrise

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 14. Februar.

Die von einigen deutschen Zeitungen gebrachte Meldung, wonach die Bundesregierung beabsichtige, der Europaunion auch beizutreten, wenn das Saargebiet zur gleichen Zeit aufgenommen würde, entspricht nicht den Tatsachen. Man betont in Bonn, die Bundesregierung könne einen solchen Schritt umso weniger rechtfertigen, als dadurch nicht abzusehende Auseinandersetzungen mit dem Bundestag heraufbeschworen würden. Die Opposition lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß

sie in einer Aufnahme des Saargebietes in die Europaunion eine flagrante Verletzung des von den Alliierten feierlich gegebenen Versprechens erblicke, wonach keinerlei vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, die auf eine Präjudizierung des Friedensvertrages hinauslaufen.

Die Abneigung gegen einen Beitritt zur Europa-Union um diesen Preis zeigt sich auch bei Teilen der FDP und selbst der CDU, sodaß die Bundesregierung für einen solchen Schritt keine Mehrheit im Parlament finden würde. Von sozialdemokratischer Seite wurde

am Dienstag erklärt, daß die logische Folge einer Zuspitzung in dieser Frage die Regierungskrise sein werde. Kurt Schumacher äußerte, daß er „eine solche Torheit selbst der Regierung Adenauer nicht zutraue“.

Saargruben-Frage zurückgestellt

Eigenbericht

ca. Washington, 14. Februar.

Es wird hier ziemlich offen zugegeben, daß sich die Regierungen der Vereinigten Staaten und Englands an Paris gewandt und angeblich

Triest-Frage wird gelöst?

Eigenbericht

ca. Rom, 14. Februar.

Das Gespräch, das Außenminister Sforza mit dem jugoslawischen Gesandten Iwewitsch gehabt hat, steht weiter im Mittelpunkt der römischen Diskussionen, so dürfte doch sicher sein, daß es sich in erster Linie um das Triest-Problem gedreht hat. Man nimmt an, daß der Kontakt fortgesetzt wird und daß sich möglicherweise schon in nächster Zeit eine wesentliche Entspannung der Beziehungen zwischen Rom und Belgrad anzeigen wird.

bereits erreicht haben, daß die französische Regierung die Frage der Saargruben bis zur Regelung des Friedensvertrages mit Deutschland zurückgestellt hat.

Hohe Kommission zeigt sich beunruhigt

über die Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland

dmt. Bonn, 15. Februar.

Am Dienstagnachmittag hat der Wirtschaftsausschuß der Hohen Kommission dem Bundeswirtschaftsminister ein Memorandum über die deutsche Wirtschaftslage überreicht. Wie von zuständiger Seite verlautet, soll es sich sehr kritisch mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung beschäftigen und die Beunruhigung der Hohen Kommission über die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland zum Ausdruck bringen.

Wie ein Sprecher der Hohen Kommission am Dienstagabend bekanntgab, wird in dem Memorandum nachdrücklich auf die Dringlichkeit einer Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen und betont, die Alliierten hätten, obwohl die Bonner Regierung für die erforderlichen Maßnahmen zuständig sei, doch eine gewisse Verantwortung zu tragen, besonders im Hinblick auf die Verwendung der Devisen.

In Regierungskreisen sind die in dem Memorandum enthaltenen neuen Vorwürfe mit äußerstem Befremden aufgenommen worden. Besonders wird der Vorwurf, Prof. Erhard habe seine europäischen Kollegen in der Abschaffung von Einfuhrbeschränkungen bei neuen, liberalistischen Handelsabkommen überflügelt, als eine Verkennung der Tatsachen bezeichnet. Im übrigen sei, so wird betont, auf

dem Gebiete der Kreditausweitung keine einzige deutsche Maßnahme ohne Zustimmung der alliierten Banken-Kommission erfolgt.

Düsseldorf weist Vorwürfe zurück

dp. Düsseldorf, 14. Februar

Das Kabinett von Nordrhein-Westfalen hat den Vorwurf des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zurückgewiesen, die bewilligten Wohnungsbau-gelder seien in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr zu langsam weitergegeben worden. Die Mittel seien, so wird betont, durch das Wiederaufbauministerium durchschnittlich 14 Tage nach der Ueberweisung an die Bewilligungsbehörden verteilt worden.

Freundschaftsvertrag Moskau — Peking unterzeichnet

Langfristige Kredite an China — Rußlands Satellitenstaaten müssen helfen

dmt. Moskau, 15. Februar.

Nach zweimonatigen Verhandlungen zwischen dem chinesischen Kommunistenführer Mao Tse-Tung und dem sowjetischen Außenministerium wurde am Dienstag im Kreml ein Freundschaftsvertrag zwischen der

Sowjetunion und dem kommunistischen China unterzeichnet. Der Vertrag soll eine Geltungsdauer von 30 Jahren haben und wurde von Mao Tse-Tung und Außenminister Wyschinski unterschrieben. Nach der Unterzeichnung des Dokuments gab der chinesische Botschafter in Moskau im Hotel „Metropol“ zu Ehren der Chinesen ein Staatsbankett.

Die Bedeutung dieses Vertrages wird von der Tatsache unterstrichen, daß er mehr als ein Viertel der gesamten Menschheit berührt. Laut Radio Moskau sollen nach Abschluß eines japanischen Friedensvertrages die russischen Truppen von dem Flottenstützpunkt Port Arthur zurückgezogen werden und die Mandchurische Eisenbahn soll wieder unter chinesische Kontrolle kommen. Nach sowjetischer Darstellung bestätigt das neue Abkommen die volle Souveränität der Außen-

ren Mongolei. Außerdem wird die Sowjetunion China ohne Gegenleistung das von den sowjetischen Handelsorganisationen erworbene japanische Eigentum in der Mandchurei aushändigen. Beide Staaten sind übereingekommen, zu verhindern, daß sowohl in Japan wie auch in irgend einem anderen Lande der Imperialismus und die Aggressions-Politik wieder entstehen dürfen. Beide Staaten verpflichten sich ferner, sich um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan zu bemühen und zwar unter „Zusammenarbeit mit den Alliierten während des zweiten Weltkrieges“. Kein Vertragspartner wird irgendeine Allianz abschließen, die sich gegen den anderen richten könnte.

Sollte einer von beiden Partnern von Japan oder von einer mit Japan verbündeten Macht angegriffen werden, wird ihr die andere unverzüglich militärische Hilfe leisten. Die den Chinesen versprochene Anleihe soll von Dezember 1954 an in zehn Jahresraten zurückgezahlt werden. Schließlich heißt es in dem Vertrag, daß beide Partner sich verpflichten, in gegenseitiger Achtung vor der Souveränität ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu festigen und sich gegenseitig jede mögliche Wirtschaftshilfe zu leisten.

Wenn auch aus einer Reuter-Meldung hervorgeht, daß der chinesische Außenminister Tschou En-Lai und nicht Mao Tse-Tung den Vertrag unterzeichnet hat, so ist doch schon aus der knappen Formulierung der Radio-Meldung, die gleichzeitig von Moskau und Peking durchgegeben wurde, ersichtlich, daß jedenfalls nach außen hin der Anschein gewahrt ist, daß hier ein Vertrag zwischen zwei gleichen Partnern zustandegekommen ist. Die wochenlangen Konferenzen haben Molotow ohne Zweifel erkennen lassen, daß er es bei den Chinesen nicht mit den Vertretern eines Satellitenstaates, sondern mit Männern zu tun hatte, die neben ihrer Weltanschauung eine besondere Konzeption besitzen und auch über den Willen und die Persönlichkeit, ihre Wünsche so weit wie möglich durchzusetzen. Ob daher Molotow sein Ziel erreicht hat, als er Wyschinski bei den Verhandlungen zur Seite stand, das Fernost-Problem im Sinne des Kreml zu bereinigen, wird erst die weitere Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen lehren.

„Kometon“ soll liefern

Sonderdienst

rs. London, 15. Februar

Der Sieg des kommunistischen Regimes in China hat der Sowjetunion in wirtschaftlicher Hinsicht Aufgaben gestellt, die man sich vor kurzem noch nicht träumen ließ. China wird einen ungeheuren Bedarf für seine wirtschaftliche Reorganisation und für seinen industriellen Neuaufbau haben.

In Moskau, wo am Dienstag der 30jährige Pakt zwischen der UdSSR und China unterzeichnet wurde, ist ein dauerndes Kommen und

Die Presse als zweiseitiges Sprachrohr

zwischen Regierung und Öffentlichkeit

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 14. Februar.

In den Ansichten der Bundesregierung über ihre Pressepolitik scheint sich ein Wandel anzubahnen. Sie hat, wie der amtierende Pressechef erklärte, den Wunsch, die Presse mehr als bisher an der Diskussion über die beabsichtigten Gesetze zu beteiligen. Es liegt ihr daran, die Stellungnahme der Öffentlichkeit kennenzulernen, bevor die Gesetze im Entwurf vorliegen und nicht erst dann, wenn der vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf den parlamentarischen Instanzen zugeleitet wird. Die Bundesregierung hofft, daß dadurch das Gesetzgebungswerk mehr als bisher den praktischen Gegebenheiten Rechnung trägt. Die Regierung wird in Zukunft die von ihr beschlossenen gesetzgeberischen Richtlinien der Presse so rechtzeitig bekanntgeben, daß eine Diskussion in der Öffentlichkeit einsetzen und zu Anregungen führen kann, die bei der Formulierung der Gesetze ihren Niederschlag finden.

Zurzeit hat die Bundesregierung die Absicht, ein Jugendschutzgesetz auszuarbeiten, das dem gewerblichen Schutz der Jugend dienen soll. Die bisherige Regelung in den einzelnen Ländern, Schutzvorschriften zu erlassen, hat sich als unzulänglich erwiesen und die Notwendigkeit erkennen lassen, den Schutz der arbeitenden Jugend durch Bundesgesetz zu regeln.

Weiterhin arbeitet die Bundesregierung an dem sehr schwierigen Dekartellisierungsgesetz, ohne daß bisher schon eine endgültige Formulierung erreicht wäre. Besondere Schwierigkeiten macht die Dekartellisierung im Verkehrsgewerbe, das zum Teil kar-

tellähnlichen Charakter trägt, sowie auch in der Landwirtschaft. Die Regierung will auch hier keine starren Prinzipien aufstellen, sondern die Forderungen der Wirklichkeit soweit wie irgendmöglich berücksichtigen.

Die Stimme der Vernunft

In den politischen Debatten in den Vereinigten Staaten spielt der Begriff des „Genocide“, der Massenvernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen, eine wachsende Rolle. Die zahlreichen moralischen und religiösen Vereine und Verbände in Amerika streben danach, diesen neuen Begriff in das Völkerrecht einzuführen und die Massenvernichtung als besonders Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifizieren zu lassen. Da in Amerika die öffentliche Bedeutung solcher privater Initiativen oft sehr groß ist und jedenfalls immer Beachtung findet, kann man nicht einfach mit einem abschätzigen Lächeln über die hinweggehen, nachdem auch die UNO einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat.

Als der Kalte Krieg wieder einmal einen bedrohlichen Höhepunkt erreicht hatte, wußte sich Amerika gegenüber den großen Erfolgen der sowjetischen Politik in Asien nicht anders zu helfen, als die Erfindung der Wasserstoff-Atombombe in die Debatte des west-östlichen Propagandakrieges zu werfen. In der gesamten Presse des Landes wurde Präsident Truman aufgefordert, den Befehl zur Konstruktion der neuesten Superwaffe zu geben, wobei der Verdacht nicht ganz ausgeschaltet werden konnte, daß hier eine Art Volksabstimmung über eine längst getroffene Entscheidung abgehalten werden sollte, weil sich die Regierung in Washington über die furchtbare Verantwortung, mit der sie die Ueber-spitzung des Wettlaufes und im Ernstfall der Einsatz der neuen Bombe belasten würde, offenbar völlig im Klaren ist.

Die „Volksabstimmung der Presse“ ist jedenfalls zu ihren Gunsten ausgefallen. Aber sie spiegelt doch nicht die allgemeine Auffassung der amerikanischen Öffentlichkeit wider. Die Kirchenführer der Vereinigten Staaten bestehen

jetzt darauf, daß die Massenvernichtung — sei es durch Atombomben oder durch Deportation und Liquidierung mit dem Genickschuß — durch ein international anerkanntes Recht geächtet werde. Der Generalsekretär des Amerikanischen Kirchenbundes, Dr. Samuel McCrea Cavert, gab vor einem Senatsausschuß in Washington die Erklärung ab, das Gewissen der Christenheit werde durch die Massenvernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen der menschlichen Familie tief verletzt. Und nun hat sich auch Prof. Einstein, der weltberühmte Gelehrte, für einen feierlichen Verzicht auf alle Gewalt ausgesprochen. Die Sicherheit durch Aufrüstung erreichen zu wollen, bezeichnete er als eine gefährliche Illusion. Das Rüstungswettrennen zwischen Ost und West habe hysterische Formen angenommen.

Einstein erklärt u. a.: „Wenn die Wasserstoff-bombe entwickelt wird, liegt die Vernichtung jeglichen Lebens auf der Erde im Bereich der technischen Möglichkeiten.“ Einstein kommt zu dem Schluß, daß das Wettrennen zwischen den USA und der Sowjetunion bereits einen „hysterischen Charakter“ angenommen habe. Die ganze Menschheit verlangt nach Frieden. Während die Mächtigen in Moskau und Washington aus gegenseitiger Furcht und Mißtrauen an immer entsetzlicheren Vernichtungswaffen arbeiten lassen, die allmählich den Bestand der gesamten Menschheit bedrohen, erheben sich nun auch die Stimmen der Friedfertigen als Anwälte der Massen, die nichts anderes wünschen als Ruhe, Arbeit und Freiheit. Gerade die Proteststimmen aus Amerika sollten wir hier in Deutschland nicht überhören; sie sind ein Zeichen der Vernunft, die sich im Osten nicht mehr öffentlich zum Wort melden darf. Man kann nur hoffen, daß es doch noch der Vernunft gelingt, die Angst und die Machtgier zu überwinden und einen echten Frieden zwischen den Völkern herbeizuführen.

Strifter in Bonn erwartet

dp. den Haag, 14. Februar.

Der kürzlich zum Vermittler der europäischen Marshallplan-Organisation ernannte holländische Außenminister Stikker wird voraussichtlich am 23. Februar Bonn besuchen. Stikker, der nacheinander alle achtzehn europäischen Marshallplan-Länder aufsuchen will, traf am Dienstag mit Schatzkanzler Cripps und Außenminister Bevin in London ein.

Die Seite der Heimat

Halver, 15. Februar 1950

Eine verantwortungsfreudige Entscheidung

(Eine Antwort zu der Frage des Besuchs einer Mittelschule.)

Die Vorbereitung für das Leben ihrer Kinder ist die vornehmste Pflicht der Eltern. Diese Sorge trägt arm und reich. Die gute Ausbildung der Kinder ist nicht das Vorrecht der finanziell Bemittelten, auch die an Geld und Gut Armen haben ein verbrieftes Recht, ihre Kinder den Anlagen entsprechend fördern zu lassen.

Die sozialen Forderungen einer Demokratie verbürgen den Anspruch auf eine den Anlagen entsprechende Ausbildung der kindlichen Kräfte auf geistigem, seelischem und körperlichem Gebiet, wie es im Regierungserlaß vom 16. Januar 1948 und im Min.-Erl. vom 6. 1. 48 wörtlich heißt: „Ziel muß sein, daß jedes Kind die seiner Begabung entsprechende Förderung erhält.“

Der Mittelschule fällt im Rahmen der Erziehung eine besondere Aufgabe zu. Frau Oberregierungsrätin Schmücker sagte am 31. 5. 49 auf der Landesmittelschultagung: „Wir wissen alle, daß die Mittelschule eine bedeutsame Aufgabe hat, und daß wir uns eine Zukunft ohne Mittelschule nicht vorstellen können.“

So ist es. Die Mittelschule bereitet die Kinder für die sogen. mittleren Berufe des Gewerbes, des Handwerks, der Verwaltung und der Industrie vor. Unsere technische und kulturelle Entwicklung eilt in den letzten Jahrzehnten so rasch vor, daß große Anforderungen an die aufzunehmenden Lehrlinge und Volontäre gestellt werden. Daher sieht sich auch die Volksschule gezwungen, ein 9. Schuljahr anzustreben. Verwaltung, Industrie und Gewerbe haben immer und besonders in letzter Zeit den Wert einer gezielten Mittelschulausbildung bestätigt. Freudig begrüßen sie Lehrlinge, die sich auf Mittelschulen ein gutes Wissen und ein umfangreiches Können angeeignet haben.

Es liegt an den Eltern selbst, von der Möglichkeit dieser Ausbildung Gebrauch zu machen. Wer den lückenlosen Anschluß an eine der benachbarten Oberschulen wünscht, hat bei guter Begabung und Fleiß jederzeit die Gelegenheit dazu. Die vergangene und gegenwärtige Leistung der hiesigen Mittelschule mit ihren Fachlehrkräften bürgt dafür. Da ab Ostern die neuen Schulräume bezogen werden können, fällt auch der mit vielen Nachteilen belastete Nachmittagsunterricht fort, sodaß wir einer besseren Zukunft freudig entgegensehen können.

E. Hartmann, Mittelschullehrer.

Halver

Ehre dem Alter

Ihr 78. Lebensjahr kann die Witwe Albert Koch, Ida geb. Förster, Halver, Frankfurter Straße 69, am Freitag dieser Woche vollenden. Wir gratulieren!

40 Jahre aktiver Sänger

In diesen Tagen konnte wiederum ein alter Halveraner, der lange Jahre dem deutschen Lied gedient hat, geehrt werden. Andreas Hildmann, der am Montag 70 Jahre alt wurde, war zu gleicher Zeit auch 40 Jahre lang Mitglied des MGv „Arion“ in Halver. In einer kleinen Feierstunde wurde der Jubilar geehrt und ihm die goldene Sängernadel vom Vorsitzenden Heinrich Weitzel verliehen, der ihn als einen der treuesten Sänger des Ortes Halver bezeichnete. Auch wir gratulieren unserem alten Leser zu dieser schönen Ehrung!

Bunter Abend der Musizier-Gemeinschaft

Ein Kostümfest veranstaltet die Musizier-Gemeinschaft am kommenden Samstag in den Räumen des Hauses zur Fuhr. Allen Freunden des Orchesters wird ein schöner humorvoller Abend geboten werden, der sich der Karnevalszeit anpaßt. Das Kostümfest soll am Rosenmontag in den gleichen Räumen wiederholt werden.

Heineken-Hedfeld

Was uns ein altes Quittungs- und Notizbüchlein erzählt mit ergänzenden Nachrichten aus jüngerer Zeit von Konrektor Dietrich Palmer, Halver.

(Schluß.)

Kleve-Mark XI Nr. 162 III fol. 29—34.
1661, Okt. 18.

Untertänigster Bericht wegen versplitterung der freigüter und der hogreven und richter eingriffe mit beilagen Nr. 1—23.

„Andere güter in diesem Kirspe (Halver) de länge nach aufzuführen, zu geschweigen, gestalt er dann mit dem freit zu Heineken-Hedfeld concursum angestellet, Peters gut zu Niedern-Hedfeld unter die creditoren und die sohle in 6 teile geteilet usw.“

Es scheint so, als wenn es sich bei diesem Gut um die obere Hälfte handele — jetziger Besitzer: Alfred Wiebusch. Hier wohnt um 1650 nach Ausweis der Personenstandsregister Wilhelm von den Büchen, dessen Nachkommen den Ortsnamen Hedfeld als Familiennamen annehmen. Und es will mir scheinen, als wenn fast alle Namensträger diesen Wilhelm von den Büchen zum Stammvater hätten. In der nächsten Urkunde begegnen wir dessen Sohn Paul. Also noch ein Paul? Auf jedem Gute ein Paul.

St. A. Münster, Kleve-Mark, Landstände 117, fol. 369.

Paul zu Hennich in Heedfeld

16 maltersched land; gibt stehende rente 1 rd. 45 stb., rendiret noch 16 Rtl.
Paul zu Heedfeld, ist vorigem gleich.

Wieder Verkehrswerbung in Halver!

Verkehrsverein Halver lebte wieder auf — Rege Verkehrswerbung wird sofort einsetzen

Nachdem bereits vor einigen Wochen in kleinerem Kreise eine Vorbesprechung zwecks Neugründung des Halverschen Verkehrsvereins stattgefunden hatte, fand am gestrigen Dienstagabend im Saale des Hauses zur Fuhr auf Einladung der Gemeindeverwaltung Halver eine Gründungsversammlung statt, in der der Verkehrsverein Halver neu ins Leben gerufen wurde. Amtsdirektor Lohoff, der die Versammlung eröffnete, betonte in seinen begrüßenden Worten, daß es jetzt wieder an der Zeit sei, eine durchgreifende Verkehrswerbung einzuleiten, da alle Voraussetzungen gegeben seien, dem Ort Halver und seiner herrlichen Umgebung wieder viele Fremde und Erholungsbedürftige zuzuführen. Unsere Gaststätten und Hotelbetriebe sind wieder soweit, daß sie eine größere Zahl von Fremden aufnehmen können, und diese Fremden werden sich bestimmt in Halver wohlfühlen, Sache des neuzugründenden Verkehrsvereins sei es deshalb, den Fremdenstrom nach Halver hinzuweisen, und durch eine geeignete Werbung die

Schönheiten des Sauerlandes und damit der Gemeinde Halver entsprechend herauszustellen.

Unsere Aufgabe am heutigen Abend ist es nun, dem neuen Verkehrsverein einen Vorstand zu geben und die Aufgaben des Vereins durch Satzungen usw. festzulegen. Seitens der Verwaltung sind alle Interessentengruppen eingeladen worden, denn der Verkehrsverein muß auf breiter Grundlage aufgebaut werden, da nicht nur einzelne Gewerbe durch den Fremdenverkehr profitieren, sondern letzten Endes die gesamte Bevölkerung.

Verkehrswerbung nur zu gemeinnützigen Zwecken

Amts-Oberinspektor Filling gab anschließend einen Satzungsentwurf bekannt, der die Aufgaben und Ziele des neuzugründenden Vereins fest umriß. Der Verkehrsverein darf nur gemeinnützigen Zwecken dienen, er muß sich in die allgemeine Verkehrslenkung einschalten, für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sorgen und durch eine Verschönerung des Orts-

bildes einerseits und durch Schaffung von Liegeplätzen und Sportplätzen usw. für eine geeignete Fremdenkultur sorgen. Der vorgelegte Satzungsentwurf fand die einstimmige Zustimmung aller Anwesenden.

Dr. Kauert 1. Vorsitzender

Die sich anschließende Vorstandswahl ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Dr. Fritz Kauert, stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Kerspe, Geschäftsführer Rudolf Filling, Kassierer Heinrich Kirchhoff jr., stellvertretender Kassierer Dr. Herbert Stangier. Die Wahl der Beisitzer wurde ausgesetzt, da man einen Beirat wählen will, der sich möglichst aus allen Berufen und Interessengruppen zusammensetzen soll.

Amtsbürgermeister Stamm betonte hierzu, daß es unbedingt erforderlich sei, den Halverschen Verkehrsverein auf breiter Grundlage aufzubauen, er muß von der gesamten Bevölkerung getragen werden, denn eine geeignete Verkehrswerbung komme nicht nur der Geschäftswelt und dem Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe zugute, sondern alle Bewohner der Gemeinde Halver haben einen gewissen Nutzen davon.

Vorsitzender Dr. Kauert, der nunmehr die Leitung der Versammlung übernahm, dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er werde sich nach besten Kräften bemühen, mit den übrigen Vorstands- und Beiratsmitgliedern den Verkehrsverein so aufzubauen, daß er wirklich von allen Schichten der Bevölkerung getragen werde.

Eingehende Werbung wird erfolgen

Die Beitragsfrage wurde anschließend besprochen. Die Beiträge sollen ebenso wie auch in den früheren Jahren gestaffelt werden und zwar so, daß die Berufe, die am meisten durch den Verein profitieren, einen höheren Beitrag zahlen als Privat- und Einzelpersonen. Eine eingehende Werbung wird bereits in den nächsten Tagen einsetzen, um möglichst viele Mitglieder zu bekommen, denn nur bei einer großen Mitgliederzahl sei der Halversche Verkehrsverein lebensfähig. Da gerade in der ersten Zeit größere Beträge erforderlich sind, um durch den Druck von Prospekten und Unterkunftsverzeichnissen eine geeignete Werbung durchzuführen, soll eine Listensammlung erfolgen.

Amtsdirektor Lohoff ergriff anschließend noch einmal das Wort und betonte, daß die Gemeinde Halver bereits dem Landesverkehrsverband beigetreten sei und daß dieser einen Werbefilm in Vorbereitung habe, der das Sauerland in dem benachbarten Industriegebiet besonders bekannt machen soll. Außerdem sei bereits ein größeres Unterkunftsverzeichnis herausgegeben worden, in dem die Gemeinde Halver ebenfalls verzeichnet sei. Die Bettenzahl ist im Jahre 1949 bereits um 30 % höher als im Jahre 1948, und belaufe sich im vergangenen Jahr schon wieder auf 60 % des Jahres 1939. Weitere Werbemaßnahmen seien in Vorbereitung, u. a. soll die Gaststättenkultur des Sauerlandes besonders herausgestellt werden, die Verkehrsverhältnisse sollen auf allen Gebieten verbessert werden, so daß es jedem Fremden möglich sei, auf schnellstem Wege seinen Erholungsort aufzusuchen.

Ringverkehr Schalksmühle—Halver—Oberbrügge geplant

Zum Schluß der Versammlung wurde seitens der Versammlung dem Vorstand verschiedene Anregungen gegeben, die als dringlich bezeichnet wurden. Wichtig sei u. a. auch, die postalische Bezeichnung verschiedener Orte der Gemeinde zu ändern. Es gehe auf die Dauer gesehen, nicht an, daß Ortschaften, die direkt vor den Toren des Ortes Halver liegen, die Bezeichnung über Schalksmühle führen. Der Verkehrsverein wird es umgehend übernehmen, der Oberpostdirektion geeignete Vorschläge in dieser Hinsicht zu unterbreiten. An die Reichsbahndirektion Wuppertal soll erneut herangetreten werden, die verkehrsarme Zeit in den Vormittagsstunden durch Einlegen mindestens eines Zugpaares zu überbrücken. Außerdem soll mit der Kraftverkehrsgesellschaft Mark Sauerland ein Ringverkehr von Schalksmühle über Halver, Ehringhausen, Oberbrügge-Ahelle, Brügge, Schalksmühle und umgekehrt besprochen werden, damit vor allen Dingen den Ortschaften Oberbrügge und Ehringhausen die Möglichkeit gegeben wird, günstiger nach Halver zu fahren, als bisher. Die Verschönerung des Ortsbildes soll ebenfalls gefördert werden, damit sich alle Fremden in unserm Ort auch wohlfühlen.

Dr. Kauert dankte abschließend für die vielen Anregungen, denen in jedem Falle sofort nachgegangen werden soll, denn nur durch die Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten sei es möglich, positive Arbeit zu leisten. In etwa 2 Monaten sei eine weitere große Versammlung geplant, in der der Vorstand über die ersten Arbeiten und vielleicht auch über die ersten Erfolge berichten wird.

Aus dem Leserkreis

Dunkle Punkte in der Gemeinde Halver

Vor wenigen Tagen brachte der „Allgemeine Anzeiger“ einen kurzen Artikel über gewisse dunkle Punkte in der Gemeinde Halver. Ein weiterer dunkler Punkt ist noch in der kleinen Lütgenheide, sozusagen eine Sehenswürdigkeit. Eine Besichtigung kann allerdings nur bei Tage erfolgen, denn wer in der Dunkelheit diesen Weg passiert, läuft Gefahr, aus dem Schlammbad nicht wieder herauszukommen. Vor dem Kriege wurde über der Mitte des Weges eine Lampe angebracht, die natürlich während der Verdunkelung nicht in Betrieb genommen wurde. Kurz nach dem Kriege wurde diese Lampe abmontiert, die Zuleitung ist aber noch vorhanden, so daß mit einem kleinen Kostenpunkt hier Abhilfe geschaffen werden könnte.

E. H.

Beihilfen für Berufsausbildung

auch für Anwärter des Handwerks und der Industrie

Vom Amt für Soforthilfe wird mitgeteilt:

Nach dem Soforthilfegesetz (§ 43) können im Rahmen der verfügbaren Mittel für in Ausbildung stehende Kinder und Jugendliche aus dem Kreise der Geschädigten (Flüchtlinge, Sachgeschädigte, politisch Verfolgte, Spätheimkehrer) Ausbildungszuschüsse gegeben werden, wenn dadurch eine abgeschlossene Berufsausbildung ermöglicht wird. Nachdem bereits erhebliche Beträge für Ausbildungsbeihilfen an Studierende der Hochschulen und Landwirtschaftlichen Schulen gegeben worden sind, werden jetzt auch Ausbildungsbeihilfen für die Berufsanwärter des Handwerks und der Industrie gewährt. Hierzu wird vom Landesamt für Soforthilfe folgendes mitgeteilt:

„Infolge Freigabe weiterer Mittel aus dem Soforthilfefonds für Ausbildungsbeihilfen können bei den zuständigen Arbeitsämtern erneut Anträge auf Gewährung einer Ausbildungsbeihilfe für die Berufsanwärter des Handwerks und der Industrie gestellt werden. Antragsberechtigt sind nunmehr auch diejenigen Sachgeschädigten, die ohne den erlittenen Sachschaden jetzt der Hilfe nicht bedürftig hätten. Damit diese Frage bei der Antragstellung beim Arbeitsamt geklärt ist, erteilen die zuständigen

Aemter für Soforthilfe vorher auf Antrag eine entsprechende Bescheinigung. Auskünfte hierüber geben die Aemter für Soforthilfe. Die Beihilfe soll die Beendigung, Fortsetzung oder auch die Aufnahme der Berufsausbildung in Mangel-Berufen ermöglichen. Ausnahmen hiervon sind nur in Einzelfällen bei besonderer Eignung und besonderen Verhältnissen persönlicher oder wirtschaftlicher Art möglich. Die Anträge sollen nur bis zum 5. März 1950 angenommen werden.“

Anträge können für Jugendliche (gegebenenfalls auch über 18 Jahre alte) gestellt werden, deren Eltern oder Unterhaltsverpflichtete zu dem Personenkreis der Flüchtlinge A, Spätheimkehrer, politisch Verfolgte oder Sachgeschädigten gehören. Voraussetzung der Bewilligung einer Ausbildungsbeihilfe ist die Bedürftigkeit, Sachgeschädigte bedürfen für diesen Nachweis einer besonderen Bescheinigung des Amtes für Soforthilfe. Für die Anträge gibt das Arbeitsamt besondere Vordrucke heraus. Ueber die Bewilligung der Ausbildungsbeihilfen, die in der Regel 40 DM monatlich betragen, entscheidet ein besonderer Ausschuß beim Landesamt für Soforthilfe in Düsseldorf. Die Auszahlung erfolgt durch die Aemter für Soforthilfe.

Karneval des MGv Arion, Halver

Einen großen karnevalistischen Abend mit viel Freude, Humor und Vergnügen veranstaltet der MGv „Arion“, Halver, am Samstag Abend im Saale der Karlshöhe. Prinz Karneval von Halver, Hugo I., wird mit seinem Hofstaat seinen Einzugs halten. Für alle Freunde der Fröhlichkeit ist dieser Abend nur zu empfehlen. (Siehe auch unsern Anzeigenteil in den nächsten Tagen.)

Grünenbaum

Jahreshauptversammlung im Turnverein Grünenbaum

Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, findet die wegen Sterbefall ausgefallene Jahreshauptversammlung nunmehr am kommenden Samstagabend im Vereinslokal statt. Der Vorstand trifft sich eine halbe Stunde früher im gleichen Lokal.

Bulchhausen

Bunter Abend der Sänger und Feuerwehrmänner

Am Wochenende hatte der Löschzug Buschhausen der Freiwilligen Feuerwehr zusammen mit dem Männergesangsverein „Eintracht“ Buschhausen die Bevölkerung des Buschhauser Bezirks zu einem bunten Abend eingeladen. Recht zahlreich hatten sich die Bewohner der näheren

und weiteren Umgebung eingefunden, um ein paar Stunden ungezwungener Fröhlichkeit zu erleben. Gesangliche Darbietungen der Sänger unter Leitung von Lehrer Knoke wechselten mit Musikeinlagen der Spielschar der Ostvertreibern ab. Anschließend wurde recht ausgiebig das Tanzbein geschwungen und jung und alt verlebten im Werthmannschen Saal ein paar frohe Stunden.

Schalksmühle

Glörtalsperre wieder fast gefüllt

Durch die anhaltenden Regen- und Schneefälle der letzten Tage ist die Glörtalsperre wieder fast gefüllt. Somit ist ein guter Vorrat für das Frühjahr und den Sommer vorhanden, so daß eine Austrocknung in diesem Jahre kaum vorkommen wird.

Jahreshauptversammlung im Schalksmühler Turn- und Spielverein

Der Schalksmühler Turn- und Spielverein e. V. 1893 macht seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Jahreshauptversammlung am Sonnabend, dem 25. Febr. 1950, abends 20 Uhr, in der Turnhalle stattfindet. Wegen der Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Punkte wird eine rege Teilnahme erwartet.

aus dem vorigen Jahrhundert seien mir gestattet.

1. Gut, Bes. Wilhelm Schönenberg.

Am 29. 4. 1831 erwirbt Peter Wilhelm Schönenberg die untere Hälfte von Adam Lausberg und Cath. geb. Wiebusch. Am 4. 1. 1871 wird dessen Sohn Wilhelm Besitzer. Er baut im Jahre 1870 ein neues Wohnhaus am oberen Teiche.

2. Gut, dem Jul. Langenberg gehörend.

Bis 1816 Eberhard Pickard Besitzer.
29. Juni 1816 Adam Lausberg.
29. April 1831 Caspar Dahlhaus. (Dieser hatte schon am 8. März 1823 das westliche Gut in Birkenbaum erworben. Das Wohnhaus ist schon seit mehr als 10 Jahren abgebrochen.)

1880 Robert Herbeck Besitzer.

1917 Julius Langenberg, Besitzer.

3. Gut, Alfred Wiebusch gehörend.

Bis zum Jahre 1837 im Besitze der Familie Hedfeld. Die letzten Besitzer Joh. Wilhelm und Hermann Heinrich Hedfeld.

1837 Caspar Heinrich Eichholz.

1848 hat der Blitz das alte Wohnhaus eingeäschert. Danach Fachwerkbau.

1867 August Eichholz.

1910 Alfred Wiebusch. Dessen elterliches Gut kam durch den Bau der Kerspelsperre zum Erliegen.

Damit wäre ich am Ende meiner Hofgeschichte angelangt. Tante „Hem“ — so nannte unser Sohn unsere Nachbarin in seiner frühesten Jugendzeit — wird nun auch wohl mit mir zufrieden sein, nachdem sie den Inhalt des mir vererhten Büchleins erfahren hat. Gott segne Menschen und Land, vor allem aber die Menschen, in deren Mitte ich meine junge Kraft als Jugendzieher erprobt habe!

Eine unverantwortliche Meldung

dp. Hamburg, 14. Februar.

Eine ausländische Agentur verbreitete am Dienstag eine Meldung über einen Anschlag auf den Bundespräsidenten Prof. Heuß. Ein Beamter des Bundesinnenministeriums, so heißt es in einer Bonner Stellungnahme habe während eines Interviews mit einem Vertreter der ausländischen Agentur über das Bundeskriminalamt am Rande auf eine mehrere Wochen zurückliegende Zeitungsnote verwiesen, nach der in Hannover ein Geisteskranker verhaftet worden sei, der angeblich die Absicht gehabt habe, eine Bombe auf den Bundespräsidenten zu werfen. Es sei unverantwortlich, aus einem Hinweis auf eine Zeitungsnote eine Meldung über ein Attentat auf den Bundespräsidenten zu machen.

Neue US-Deutschland-Politik?

Von unserem Mitarbeiter

le. London, 14. Februar.

Der „Observer“ schreibt: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Stuttgarter Rede McCloy's einen bezeichnenden Wechsel in der amerikanischen Deutschland-Politik anzeigt. Die seit einiger Zeit in Washington angehäuften Informationen deuten an, daß die Arbeitsmethoden und die persönliche Politik Adenauers vom demokratischen Standpunkt aus viel zu wünschenswert überlassen.“ Erhard's Wirtschaftspolitik sei, indem sie die Importbeschränkungen allzu stark löste, den übrigen Partnern im europäischen Aufbauwerk davongelaufen.

Für Gemeinwirtschaft der Grundindustrien

dmt. Düsseldorf, 14. Februar.

Der Ministerpräsident für Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, forderte die Ueberführung der Grundstoffindustrie in Gemeinwirtschaft, denn nur auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage könne bei der Neuordnung der europäischen Wirtschaft eine friedliche Zukunft garantiert werden. Ministerpräsident Arnold erklärte, daß er diese Forderung im bevorstehenden Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen nachdrücklich vertreten werde.

Offiziere werden Zwangsarbeiter

dmt. Göttingen, 14. Februar.

Wie Heimkehrer aus dem Raum von Rostow berichten, wurden in dem Lager 74/75 bei Rostow Anfang des Jahres etwa 800 kriegsgefangene deutsche Offiziere — Leutnants und Hauptleute — nach kurzem Verhör ausgesondert und abtransportiert. Seitdem würden täglich etwa 40 bis 60 von einem Kriegstribunal in Rostow auf Grund von Parteizugehörigkeit oder wegen geringfügiger Vergehen zu Zwangsarbeitsstrafen verurteilt, vielfach sogar zu 25 Jahren.

In einem anderen Lager im gleichen Raum genügt die Tatsache, daß jemand bei der Bewachung von kriegsgefangenen Russen beschäftigt war, um ihn zur Zwangsarbeit verurteilen zu lassen. Weiter wird bekannt, daß im Lager von Magnitogorsk im Sommer 1948 alle verschleppten Zivilpersonen unter 50 Jahren kurzerhand zu Kriegsgefangenen erklärt wurden. Besonders scharf gehen die sowjetischen Gerichte gegen die Angehörigen der spanischen „Blauen Division“ vor, die als Freiwillige an der Ostfront kämpften.

Youngs Einnahmen an Frau Rommel

Von unserem Mitarbeiter

le. London, 15. Februar.

Feldmarschall Wavell hat während des Krieges eine Schrift „Generals and Generalship“ verfaßt, wovon ein Exemplar auch in die Hände Rommels gelangt und von ihm, wie die vielen umgebogenen Ecken zeigen, fleißig gelesen ist. Frau Rommel hat das Exemplar an Wavell geschickt. Wavell hat sich revanchiert, indem er eine von ihm gezeichnete Kopie an Frau Rommel gesandt hat. General Young, der Verfasser des Rommel-Buches hat alle Einkünfte, die aus den deutschen Rechten seines Buches anfließen, an Frau Rommel gegeben.

Henschel-Fabrik in Südafrika

dmt. Johannesburg, 14. Februar.

Generaldirektor Henschel von den deutschen Lokomotiv-Werken Henschel und Sohn (Kassel) führt in Südafrika Verhandlungen über den Aufbau einer eigenen Fabrik in Südafrika. Die Verhandlungen sind soweit abgeschlossen, daß die Fabrik in Kürze gebaut wird. Man hofft, daß die Fabrik noch dieses Jahr mit der Produktion beginnen wird. Von ausgewähltem Personal aus dem deutschen Werk sollen qualifizierte südafrikanische Facharbeiter ausgebildet werden. Generaldirektor Henschel führt auch Verhandlungen mit der Südafrikanischen Eisenbahnverwaltung über Vergebung eines Auftrages von 100 Rangier-Lokomotiven.

Fuchs war als Kommunist bekannt

le. London, 14. Februar.

Die Affäre Fuchs hat es mit sich gebracht, daß alle in England tätigen Atom-Physiker unter die Lupe genommen werden. Wie wir hören, dürfte die Angelegenheit sofort nach Abschluß des Prozesses im Unterhaus zur Sprache kommen. Das auffallendste Kennzeichen des Falles Fuchs liegt nach allgemeiner Auffassung darin, daß er als erklärter Kommunist nach England kam, kaum jemals einen Versuch machte, seine Gesinnung zu verbergen und dennoch Stellen erhielt, die ihm den Zutritt zu den geheimsten Informationen gab. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Fuchs schon während seiner Kieler Studentenzeit für die KPD agitiert hat und deshalb von einem nationalsozialistischen Studentengericht zum Tode verurteilt wurde. Dies war der Grund dafür, daß Fuchs gewarnt worden war und nach England emigrierte.

Neuer Vorsitzender der USA-Atomenergie-Kommission. Präsident Truman ernannte Sumner I. Pike zum amtierenden Vorsitzenden der amerikanischen Atomenergie-Kommission, der dem Ausschuß bisher als Mitglied angehörte. Pike wird damit vorläufig Nachfolger David Lilienthals, der vor einigen Monaten zurückgetreten war.

Millionen-Programm der Bundesbahn läuft an

Sonderkredit genehmigt — Keine Entlassungen

dmt. Bonn, 14. Februar.

Bundesverkehrsminister Seehoß gab bekannt, daß als erster Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung ein 250 Millionen-Programm der Deutschen Bundesbahn sofort in Angriff genommen werden soll. Dadurch werden 30 000 Menschen für neun bis zehn Monate Arbeit finden. Indirekt werde sich das Programm so auswirken, daß noch 75 000 Arbeitskräfte zusätzlich Beschäftigung finden werden. Der Zentralbankrat hat die 250 Millionen D-Mark als Sonderkredit der Bank Deutscher Länder bereits genehmigt.

Die Bundesbahn wird im Rahmen dieses Programms in Niedersachsen sieben- bis achtausend, in Bayern acht- bis zehntausend, in Schleswig-Holstein drei- bis viertausend, in Nordhessen zwei- bis dreitausend und in Rheinland-Pfalz zweitausend Arbeitskräfte beschäftigen. Der Rest entfällt auf die übrigen Länder.

Das Programm erstreckt sich auf Reparaturen, Neu- und Ausbauten der Brücken und des Oberbaues. Die Lokomotiven- und Waggonindustrie wird in diesem Programm nicht be-

rücksichtigt. Seehoß sagte, es könne jedoch nicht davon gesprochen werden, daß 63 000 neue Arbeitskräfte bei der Bundesbahn eingestellt würden. Es solle jedoch von Entlassungen abgesehen werden. Von den bis Ende des Jahres vorgesehenen 15 000 Entlassungen habe die Bundesbahn bereits Abstand genommen. Dafür werde am 1. März die 45 Stundenwoche für Arbeiter eingeführt, die bisher eine längere Arbeitszeit hatten. Am 1. Juli soll die Arbeitszeit bei den Ausbesserungswerken auf 45 Stunden heraufgesetzt werden. Zurzeit wird in diesen Werken 42½ Stunden gearbeitet. Hierdurch könnten Entlassungen vermieden und das Wirtschaftsprogramm trotzdem verwirklicht werden.

Auch auf dem Sektor Straßen und Wasserstraßen seien Programme ausgearbeitet worden, für die jedoch das Geld fehle. Insgesamt waren dafür 381 Millionen D-Mark erforderlich. Im übrigen gab der Bundesverkehrsminister bekannt, daß der schnelle Aufbau einer kombinierten Straßen-Eisenbahnstrecke über die Elbe bei Lauenburg beabsichtigt sei.

Möglichkeit einer nordischen Zollunion geprüft

Skandinavische Gespräche über Wirtschaft und Wasserstoffbomben

dp. Stockholm, 14. Februar.

Der schwedische Ministerpräsident Erlander erklärte am Dienstag in Stockholm, die seit längerer Zeit geplante Konferenz der Außenminister Schwedens, Norwegens und Dänemarks werde Anfang März stattfinden. Zu den Konferenzen der skandinavischen Ministerpräsidenten in Walmstadt sagte Erlander, es seien in der Hauptsache Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark, unter anderem die Lieferung von elektrischem Strom von Nor-

wegen über Schweden an Dänemark erörtert worden. Ferner hätten die Ministerpräsidenten die Möglichkeit einer nordischen Zollunion geprüft.

Wie am Dienstag von gewöhnlich gut unterrichteter Seite in der schwedischen Hauptstadt verlautet, sollen sich die skandinavischen Staatsmänner auch mit dem Problem einer Verteilung gegen etwaige Wasserstoffbombenangriffe beschäftigen haben. Die Konferenz, so wird betont, habe keine Änderung in der Verteidigungs-Politik der drei Länder bewirkt.

Der Papst leicht erkrankt

dp. Rom, 14. Februar.

Eine Erkältungskrankheit, unter der Papst Pius XII. seit Montag leidet, ist nicht besorgniserregend. Der Heilige Vater, der einen Fieberanfall erlitt, als er seinen täglichen Spaziergang durch die vatikanischen Gärten beginnen wollte, hütet zurzeit auf Anraten seines Leibarztes das Bett. Erst auf Einspruch des Arztes hat er am Dienstag seine Audienzen abgesagt. Die ärztlich verordnete Ruhe wird sich auch günstig auf die Ausheilung seines Fußleidens auswirken, das den Papst seit Ende Dezember behindert hat.

Urteil im Stettiner Prozeß

dmt. Stettin, 14. Februar.

Im großen Spionage-Prozeß gegen zwei Franzosen und vier Polen wurden die beiden angeklagten Franzosen Robineau und Drouet zu zwölf bzw. zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Pole erhielt lebenslanglich Gefängnis, ein anderer wurde zum Tode verurteilt. Robineau hatte mit erstaunlich guter Laune das Geständnis abgelegt, Leiter eines französischen Spionagerings zu sein. Die anderen mitangeklagten Polen erhielten mehrjährige Gefängnisstrafen.

Neue Tagung der Ruhrbehörde

Von unserem Mitarbeiter

ge. Düsseldorf, 15. Februar

Der Rat der Ruhrbehörde tritt am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, die voraussichtlich drei Tage dauern wird. Von der deutschen Delegation nimmt Dr. Potthoff daran teil, da Vizekanzler Blücher erst am Nachmittag in Bonn aus Washington zurück erwartet wird. Auf der Tagesordnung stehen grundsätzliche Fragen, unter ihnen das Verfahren zur Festsetzung der Preise für Kohle und Stahl. Außerdem beabsichtigt der Rat, Mittel und Wege zu finden, um über den Bedarf des Auslandes an deutscher Kohle unterrichtet zu werden. Von deutscher Seite wird in diesem Zusammenhang auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die darin liegt, daß die Ruhrbehörde den Kohlenexport jeweils nur für ein Vierteljahr festsetzt, während der deutsche Kohlenbergbau langfristige Lieferfristen verlangt, um gegen Konjunkturschwankungen gesichert zu sein.

Neue Aktionen Beterlings befürchtet

dp. Amsterdam, 14. Februar.

In der indonesischen Hauptstadt Djakarta befürchtet man neue Aktionen des ehemaligen holländischen Hauptmanns Westerling und seiner „Privatarmee“. Am Sonntag war sein Ultimatum an die indonesische Regierung abgelaufen, in der er die Anerkennung seiner Truppen gefordert hatte. In Djakarta sind besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Strategische Punkte und Regierungsgebäude sind durch Stacheldraht abgesperrt. Auch das Ausgangsverbot bleibt bis auf weiteres in Kraft. Holländische Zeitungen berichten von Massenverhaftungen.

Die Wirkung einer W-Bombe

dmt. Washington, 13. Februar

Der USA-Atomenergie-Ausschuß veröffentlichte eine Erklärung über die vernichtende Wirkung einer Wasserstoffbombe. Explosion, die imstande sei, eine Weltstadt total zu zerstören. Durch die Explosion einer solchen Bombe von der tausendfachen Wirksamkeit der über Hiroshima abgeworfenen Atombombe würden selbst die Vororte der größten Weltstädte noch in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Herstellung einer solchen Bombe sei durchaus möglich. Der Bericht kennzeichnete die möglichen Auswirkungen einer solchen Wasserstoffbombe folgendermaßen: 1. Vollständige Zerstörung innerhalb eines Umkreises von sieben Kilometern, zwei Drittel der Bevölkerung dieses Gebietes würden wahrscheinlich ums Leben kommen. 2. Schwere Zerstörungen im Umkreis von zwanzig Kilome-

Handball

Wir bringen nachstehend die Tabelle der

Gruppe	Lüdenscheid-Volme:		
TuRa Eggenscheid	20	116:86	29:11
TV Berkenbaum	17	103:59	27:7
STV Schalksmühle II	19	136:71	25:13
Friesen Lüdenscheid	20	122:102	25:15
TuS Oberbrügge	19	108:83	24:14
TV Oeckinghausen	20	77:78	20:20
TV Brünninghausen	19	142:148	19:19
SF Lüdenscheid 08	17	105:95	18:16
TuS Meinerzhagen	18	80:110	13:23
STV Schalksmühle III	18	97:149	12:24
TV Rahmede 83	20	89:139	9:31
TuS Grünwald	19	74:113	5:33

Kreisjugendspiele

Widerum Schalksmühle gegen Jahn Werdohl.

Die vom Kreisjugendwart Sirges, Schalksmühle, angesetzten Spiele um die Kreismeisterschaft brachten die erwarteten Ergebnisse.

Eggenscheid — Schalksmühle 5:10

Städt. Rahmede — Werdohl 1:13

Beide Spiele brachten den erwarteten Verlauf. Schalksmühle mußte allerdings mehr kämpfen, als angenommen war, während Jahn Werdohl überlegen gegen Städt. Rahmede gewann.

Somit kommt es auch in diesem Jahre wiederum zu dem Endspiel

Schalksmühle I. Jug. — Jahn Werdohl I. Jug.

Dieses Spiel wird am 26. 2. an einem noch zu bestimmenden Ort durchgeführt. Es zeugt von einer guten Nachwuchsarbeit, daß beide Vereine seit der Zeit nach dem Kriege jedes Mal das Endspiel um den Kreismeistertitel bestreiten. Ist das vielleicht nicht einmal ein Ansporn auch an die anderen Vereine?

Verabschiedetes Flaggengesetz. Das Kabinett verabschiedete ein Gesetz, durch das deutsche Schiffe wieder das Recht erhalten, die deutsche Flagge zu führen. Die Bundesregierung will die Hohe Kommission bitten, das Kontrollratsgesetz aufzuheben, nachdem die deutschen Schiffe die Flagge führen müssen, aus der ein Dreieck herausgeschnitten ist. Die Flagge ist blau-weiß-rot — weiß-blau gestreift.

Sie hören im NWDR:

Donnerstag, 16. Februar. 5.00 Die erste Stunde 5.45 Nachrichten - 5.50 Frühmusik - 6.45 Nachrichten - 7.10 Lern Englisch - 7.45 Nachrichten 8.05 Musik am Morgen - 8.45 Nachrichten - 9.00 Schulfunk - 10.30 Italienische Opern-Ouvertüren 11.30 Die bunte Platte - 12.00 Musik zur Mittagspause - 12.30 Landfunk - 12.45 Nachrichten - 13.20 Musik von Hector Berlioz - 13.50 Suchdienst 14.00 Schulfunk - 15.30 Börsen und Märkte - 15.40 Tanzmusik - 16.15 Nachrichten - 16.50 Robert Schumanns Klavierwerke (drei) - 17.15 Cellomusik - 17.30 Wirtschaftsfunk - 17.45 Lebendiges Wissen - 18.00 Zwischen sechs und sieben - 18.50 Das Streiflicht - 19.00 Zeitgeschehen - 19.45 Nachrichten - 20.00 Wenn wir alle Engel wären - 21.45 Nachrichten - 22.15 Weiberfastnacht - 23.00 Nachtprogramm - 0.00 Nachrichten.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Hauptschriftleitung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell, Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort: Halver i. W.

Verschenkt wird heutzutage nichts!

Aber es gibt schon wieder preiswerte Angebote

Aus der Fülle illustrierten Lesestoffes empfehlen wir den Lesern unserer Zeitung eine Illustrierte, die - wöchentlich ins Haus gebracht - im Monat nur 0,80 DM kostet. Mit ihren reichhaltigen, aktuellen Bildseiten und eindrucksvollen Reportagen aus dem Zeitgeschehen ist die „abz“ eine anschauliche Ergänzung zu allen Informationen, die Sie täglich mit Interesse Ihrer Tageszeitung entnehmen.

Bringen Sie mir kostenlos ein Ansichtsexemplar der „abz“. Ich bestelle hiermit die „abz“ zum monatlichen Bezugspreis von 80 Pf einschließlich Trägerlohn. (Nichtzutreffendes streichen)

Name

Ort

Straße

Wir

nehmen uns jedes Druckauftrages in einfachster oder qualitätshoher Ausführung liebevoll an und gestalten ihn geschmackvoll und seinem gewollten Zweck entsprechend

Prompte und preiswerte

Belieferung

Buchdruckerei und Verlag

WILH. BELL jr. Halver i. W. Ruf 442

Turnverein Grünenbaum

Die wegen Sterbefalles ausgetragene Jahreshauptversammlung findet nunmehr am

Sonntag, dem 18. Febr., 20 Uhr, im Vereinslokal statt. Vorstandssitzung ½ Stunde vorher.

Suche jungen Mann

für landwirtschaftliche Arbeiten
Familienanschluß und gutes Gehalt.

Wilhelm Abel
Schultenhedfeld bei Halver

Für Privathaushalt einmal wöchentlich

Putzhilfe

gesucht
Bewerbungen unt. 185 Allg. gemeiner Anzeiger Halver

Ferkel und Läuferschweine

eingetroffen.

Alex Schmale,
Halver,
Ruf 443.

Habe ein hochtragendes, rotbuntes

Rind
guter Abstammung, zu verkaufen

Otto Friemann,
Sticht bei Halver.